

Vorwort

Konsens der Gesellschaft

Ein Konsens ist eine Übereinstimmung. Der erste Konsens ist der, dass für ein gedeihliches Zusammenleben Konsens erforderlich ist. Wir kennen das ja aus dem Straßenverkehr. Ohne Konsens würde der Straßenverkehr nicht funktionieren. So haben wir uns in Deutschland darauf geeinigt, dass wir rechts fahren – England hat den Konsens gefunden links zu fahren. Als Tourist müssen wir wohl oder übel diesen Konsens akzeptieren, den die jeweilige Gesellschaft gefunden hat. So wie wir den Konsens gefunden haben, dass wir keine Bomben werfen, wenn wir mit der Politik einer Partei nicht einverstanden sind. Wir diskutieren, erklären uns und könnten wählen, wenn dieser Wahlvorgang fair gestaltet wäre, weil viele ausgeschlossen bleiben, obwohl sie vielleicht einen intelligenten Beitrag zu bestimmten Problemen haben.

Aufgabe der Politik ist es, nicht alles über einen Kamm zu scheren, nur weil es bequem ist und ein Konsens auf alten Zeiten beruht. So ist nicht jede Regelung sinnvoll und nützlich für die Gesellschaft und sollte deshalb immer wieder überprüft und der jeweiligen Situation und gesellschaftlichen Forderungen angepasst werden. (Trotz des Konsenses, bei einer roten Ampel nicht fahren zu dürfen, kann ein „Grüner Pfeil“ sehr sinnvoll sein, der das Abbiegen trotz roter Ampel ermöglicht). Zu Kaiser Wilhelms Zeiten mag es opportun gewesen sein, dass eine Kriegsmarine von den Machthabern gewünscht und das Geld dafür über eine Sektsteuer von der Gemeinschaft erbracht wurde. Nicht nur die Elite war damals schon ein willfähiges Opfer und arrangierte sich mit den Machthabern um einen Konsens der Gemeinschaft vorzutauschen und dann Andere in den Krieg zu schicken.

Ist die Gesellschaft allerdings – aus welchen Gründen auch immer – der Meinung, dass eine Kriegsmarine nicht opportun erscheint (Deutschland findet ja auch, dass Atomraketen nicht opportun sind, obwohl wir die technischen Möglichkeiten besitzen), so opportun kann die Sektsteuer in der heutigen Zeit nicht mehr sein. Der Grund für die Beibehaltung dieser merkwürdigen und veralteten Steuer ist, dass der Staat und eben nicht die Gesellschaft an einer Steuer festhalten und diese deshalb nie mehr aufgehoben wird. Beim Solidaritätsbeitrag ist es ähnlich und dieser wird, wenn wir nicht dagegen aufbegehren, eine ewig versteckte Steuer für uns sein. Es ist deshalb ein Diskurs zu den großen Themen angesagt und Lösungsvorschläge und Visionen zu diskutieren, die in der Gesellschaft als wichtig erachtet werden. Das Manifest der RPP (Realpolitische Plattform innerhalb der PARTEI) unternimmt den Versuch, diesen Beitrag zu leisten.

Ausgangspunkt

„Drei Viertel der Bürger würden sich mit einem geringeren Zuwachs an materiellem Wohlstand abfinden, wenn dadurch die Umwelt für künftige Generationen besser erhalten und die öffentliche Verschuldung gesenkt werden könnten. Einen Wohlstand, der durch Schädigung der Umwelt oder hohe Staatsverschuldung erkauft wird, lehnen mehr als 80 Prozent ab. „sein Leben selbst zu bestimmen“ (66 Prozent) und „das friedliche Zusammenleben mit Menschen“ sowie „soziales Engagement“ (58 Prozent) werden mit Abstand für wichtiger gehalten, als „Geld und Besitz zu mehren“ (12 Prozent)“

Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) im August 2010.

Dieses PARTEI-Manifest der „Realpolitischen Plattform“ der PARTEI (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative) nimmt die Bürger unserer Wertegemeinschaft ernst und behandelt als Diskussionsbeitrag die fehlende Transparenz in unserer Gesellschaft, die Bevorzugung der Banken und des Finanzmarktes, die Vernachlässigung des Wassers als wichtigstem Energieträger, die absurde Wirtschafts- Entwicklungs- und Asylpolitik und die damit fehlende Selbstbestimmung in unserer Gesellschaft.

Es liefert Vorschläge, Lösungen und benennt Ziele für interessierte Bürger, die mit den derzeitigen Machtverhältnissen nicht mehr einverstanden sind.

Es hilft, Die PARTEI mit der realpolitischen Plattform näher kennen zu lernen und dient als Diskussionsgrundlage für eine selbstbestimmte Zukunft mit mehr Transparenz in unserer Gesellschaft.

Hinweis: Die PARTEI wurde 2004 von den Mitarbeitern der Satirezeitschrift „**Titanic**“ gegründet. Was zu Beginn als Satire und als Spiegelbild der Gesellschaft startete, entwickelte sich bald als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien. Damit Bürger die Ernsthaftigkeit von Die PARTEI erleben können, wurde die realpolitische Plattform innerhalb von Die PARTEI ins Leben gerufen, um engagierten Bürgern eine Plattform zu liefern, sich wieder realpolitisch in die Gesellschaft einzubringen und sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu engagieren.

Selbstbestimmungsrecht der Bürger in Deutschland

„The German Angst“ oder warum eine verordnete Gängelung in Deutschland die Gesellschaft in den Wahnsinn treibt und wir dagegen etwas tun müssen. Nicht nur dass Deutschland früher von den europäischen Nachbarstaaten für deren Einmischung und deren Gängelung gehasst wurde, heute ist Deutschland mit sich selbst beschäftigt und hat für die Nachbarn einen guten Weg gefunden um die abhanden gekommene Bevormundung zu lokalisieren: Die Bevormundung der eigenen Bevölkerung! Und das gelingt seinen gewählten Repräsentanten mittlerweile so vortrefflich, dass nur noch Die PARTEI mit Tatkraft und Visionen und ehrlichem Durchsetzungsvermögen, sich der wichtigen Themen annimmt und diese mit praktikablen Vorschlägen unter Einbeziehung der Bevölkerung, spricht der gesamten Gesellschaft, ausfüllt.

Denn Staat, Regierung, Politiker, Unternehmer und Bürger sind eine Gesamtheit, die momentan eines widerspiegelt: Ahnungslosigkeit und Entfremdung voneinander. Wer versteht noch, dass ein Drittel in Bayern der schweigenden Mehrheit in diesem tollen Urlaubsland ein totales Rauchverbot aufsetzt, Mörder, Menschenschänder und Kindsmisbrauchler mit Nachsicht rechnen können und die Opfer ohne Beistand bleiben, Streubombenhersteller mit Riesterrentenbeiträgen gefüttert, Mercedes, Rheinmetall und Siemens sich an Firmen mit Landminen und Streumunition diskussionslos beteiligen, Großbanken von der Gesellschaft finanziert und andererseits läppische Mundraubsteher und Kiffer mit Höchststrafen dingfest oder zumindest auf dem Amtsweg gesellschaftskonform drangsaliert werden.

Kein Wunder, dass neue Parteien entstehen und dem Establishment den Kampf ansagen. So versuchen Politiker und Innenminister fortwährend in die heiligsten Räume vorzudringen und dort den Schnüffelstaat zu etablieren, was dank der letzten Instanz, dem Bundesverfassungsgericht, bis dato vermieden werden konnte. Dass Recht nicht Recht sein muss weiß jedes Kind. Wenn es aber zu derartigen Auflösungserscheinungen kommt, dass (im Gegensatz zu weiten Teilen des europäischen Ausland) selbst Generalstaatsanwälte von der Politik gegängelt und unter Druck gesetzt werden - je nach Gusto der jeweiligen Regierung – dann wundert es niemanden mehr, dass Durchsuchungen bereits vorher bekannt sind, Aussagenverweigerungen zu keinerlei Konsequenzen führen (siehe Kohl und seine Spender) und jeder gewählte Politiker sich vom Acker macht, wenn es einmal nicht so läuft und lieber noch mal schnell in der Wirtschaft abgreift, dann stinkt es in einer Gesellschaft gewaltig.

Dieses Manifest vom bairischen Landesvorsitzenden von Die PARTEI zeigt einen kleinen Ausschnitt unserer Probleme in der Gesellschaft und dient als Diskussions-

grundlage, um den Verstand und das Bauchgefühl wieder zu befreien und die Hörigkeit des Volkes an den Staat, seine Politiker, Verbände und deren Lobbyisten zu beenden.

Gurus und anderen wohlmeinenden Führern mit ausgeprägtem Egoismus soll damit das Handwerk gelegt, der Pluralismus gestärkt und die Gesellschaftsfragen offen gestellt werden. Das bedeutet aber auch, Selbstvertrauen in das eigene Schicksal zu haben und an sich selbst zu glauben, sich und andere zu motivieren und seinen Impulsen freien Lauf zu lassen.

Beispiel gefällig? Als Frau verlieben sie sich einen attraktiven Mann und sind schwer verliebt. Nach den ersten rosa Zeiten für die sie entschuldigt sein sollte, offeriert ihr der Mann, dass er mit einem Freund ein Geschäft betreibe und deren Geld zu tollen Zinsen anlegen würde, wenn sie möchte. Die Frau gibt ihm, trotz mauem Bauchgefühl ihr Erspartes und denkt dass alles gut angelegt ist. Schließlich ist er ihr Freund und wird es mit ihr gut meinen. Das Bauchgefühl unterdrückt sie dabei. Nach einiger Zeit entdeckt sie ein Sexspielzeug und wundert sich, dass dieses Erwachsenenspielzeug seit einem Jahr bereits existiert, ihr aber niemals überreicht wurde. Die Alarmglocken schrillen in so einem Fall natürlich sofort und so unternimmt sie den Versuch die Ehrlichkeit auch in finanzieller Hinsicht herauszufinden und bittet, da sie ja einen Vertrag in Händen hat, in dem festgehalten ist, dass sie jederzeit das investierte Geld wieder zurückholen kann, um Herausgabe des Geldes wegen einem Notfall. Sie kündigt also den Vertrag schriftlich und erbittet das Geld zurück um darüber verfügen zu können. Und was passiert? Der Liebhaber hat einen Wohnungsschlüssel und besucht die Wohnung, findet den Vertrag, entklammert die letzte Seite mit den Unterschriften und tauscht den Vertrag mit einem neuen Vertrag aus und klammert die letzte Seite mit den Unterschriften wieder daran.

Hätten Sie damit gerechnet? Also ich nicht. Mit vielem, aber dass jemand so dreist ist und sich nach über einem Jahr als richtiges Arschloch und Betrüger outet ja wohl nicht.

Somit hat wohl nur eine Minderheit mit dieser Situation gerechnet und Frau stellt fest, dass sie

- a) auf den falschen Mann gesetzt hat
- b) das Ersparte wohl weg ist
- c) sie einem Wirtschaftsbetrüger aufgesessen ist.

In der Politik ist es ähnlich:

Die Regierung erzählt der Gesellschaft dass eine Steuererhöhung zum Wohle aller notwendig ist, weil die Staatsfinanzen es nötig hätten. Warum sie es nötig haben wird dabei oft nicht erzählt. Die Ursachen bleiben im Dunkeln. Die Regierung nimmt dieses Geld allerdings nicht für Investitionen auf oder verteilt es an die ärmeren in der Gesellschaft für freie Unterrichtsmittel, Kindergärten oder für von Widrigkeiten geschundene Menschen.

Nein, sie gibt es Großbauern, Großkonzernen, den Besitzenden und natürlich den Banken. So vergibt die Gesellschaft Geld an die Banken und leiht sich dann von den gleichen Banken wieder Geld zu einem Zinssatz den die Gesellschaft zu erbringen hat. Die Bank kommt nun in das Regierungsgebäude und tauscht nun den Vertrag aus, weil sie klamm oder systemrelevant pleite ist und die Regierung spielt mit. Weil ja das Geld von den Bürgern per Steuern kommt. Da der Bürger angenommen hat, dass seine Bank rechtschaffen damit arbeitet, sprich sein Geld anlegt oder es verleiht (der Zinssatz ist natürlich etwas höher wenn Geld geliehen wird, als wenn es der Bank geliehen wird) hat er natürlich auch damit nicht gerechnet, dass diese spekulativ damit arbeitet, das Geld verliert und dem Bürger dann mitteilt: Pech gehabt. Die Vertragsunterlagen hätte er besser einmal gelesen und den Text darin auch verstanden.

So stellt die Gesellschaft fest, dass sie

- a)** auf die falsche Regierung gesetzt hat
- b)** das Geld nicht bei den Bürgern sondern bei den Banken landet
- c)** sie einem Betrug schlimmsten Ausmaßes aufgesessen ist.

Im Gegensatz zu der Frau, die zumindest Strafanzeige gegen den Betrüger stellen kann, kann die Gesellschaft nur gegenüber sich selbst Strafanzeige stellen und abwarten, bis die nächste Generation das Schlamassel ausbadet, wenn sie selbst bereits im Rentenalter angekommen ist.

Die „Bad Banks“ sind das beste Zeichen, dass der Betrug noch Jahrzehnte halten wird – außer es kommt zu einer Staatspleite, was aller Voraussicht stattfinden wird. Einen einmaligen Betrug kann jede Frau und Gesellschaft mit Ach und Krach meistens wohl überstehen: Wenn der Betrug allerdings tagtäglich stattfindet, braucht sich niemand zu wundern, wenn das System zusammenbricht und der Betrüger vom Betrogenen nicht mehr unterscheidbar ist. Weil die Regierung gewechselt hat und die Vertreter der betroffenen Regierung bereits im Aufsichtsrat der Banken sitzen, die vorher noch von dem Deal profitierten.

Zu glauben, dass Andere es schon richten werden, reicht eben nicht aus. Weil Selbstbestimmung auch Verantwortung impliziert. Freiheit und Selbstbestimmung setzen aber zugleich Konsens und Transparenz voraus. Es gibt keine Alternativen, so wie es nach jedem Krieg nur Frieden geben kann.

Die einzelnen Kapitel nehmen Stellung zu den Dissonanzen zwischen Regierung und Volk. Aus diesem Grund wird auch nicht mehr vom Staat, als Dritte Person, gesprochen, sondern von der Gesellschaft / Gemeinschaft, weil nur die Begriffe „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ das ausdrücken, was bis heute durch hierarchische Ebenen verloren ging.

Die Bürger sind der „Staat“, sie sind die „Gesellschaft“. Also bestrafen wir uns permanent selbst und verlieren die Offenheit, die eine Gesellschaft braucht, um erfolgreich zu sein, um sich gegenseitig bei Schicksalsschlägen zu helfen. Denn das ist der ureigenste Zweck einer kultivierten Gesellschaft. Regeln aufzustellen und diese zu beachten, ohne nach dem Gusto eines Anderen sich richten zu müssen. Es muss ja nicht immer erst eine Flut, eine Epidemie, eine Hungersnot in einem Teil dieser Welt, ein Krieg, ein Komet, ein Asteroid oder ein Ölleck am Grund des Meeresboden eintreten, um ein gesellschaftliches Ereignis daraus zu machen, bei dem Alle für eine Idee und deren Umsetzung eintreten und die dann ebenso schnell wieder vergessen ist, wie sie gekommen ist.

Agieren statt reagieren

Es verwundert schon sehr, dass, wie im Beispiel von BP, zu dem die deutsche Marke ARAL gehört, von Seiten der Gesellschaft, der Politik und Gesetzgeber die Verantwortung diesem Konzern allein aufgebürdet wird und vorher die gleichen Institutionen einen Freischein für Tiefseebohrungen erteilten und nun mit dem Finger auf BP zeigen. Warum? Weil kein Diskurs innerhalb der Gesellschaft stattfand, der erst einmal klärte, was es bedeutet, Öl als die Heilsenergie anzusehen, alle Vorteile zu nutzen, die Preise aber nicht zu akzeptieren und sich dann aufzuregen, wenn etwas Schlimmes passiert.

In Deutschland haben wir zwar noch keine Tiefseebohrungen, aber dafür die Atommeiler, für die das Gleiche gilt. Wer für den Schmutz, die ausbleibenden Touristen und die toten Tiere am Strand zuständig ist, ist für alle schnell klar. BP hat den Schaden zu ersetzen. Aber nur den vordergründigen Schaden und zwar mit Geld. Doch die Natur, die Weltmeere können mit Geldscheinen leider gar nichts, absolut nichts, anfangen. Geschweige denn, fressen oder ölverklebte Federn reinigen. Die Langzeitschäden sind enorm, auch für Europa und Deutschland – nur will es keiner wissen, weil ja noch weit weg. Dass Wasser ein Gedächtnis hat – dazu kommen wir später.